

Der Zukunftsplan für unsere Stadt

Alternative Liste Innsbruck – ALI

Inhalt

0.	Die Grundsätze von ALI	3
1.	Soziale Stadt	4
1.1.	Grundsätze	4
1.2.	Kinderbetreuung erleichtern und Hindernisse für Familien abbauen	4
1.3.	Jugend	5
1.4.	SeniorInnen ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen	6
1.5.	Jegliche Diskriminierungen für homosexuelle und queere Menschen beseitigen	6
1.6.	Frauenpolitik als kommunale Aufgabe verstehen	7
1.7.	Obdachlosigkeit und Armut vorbeugen	7
2.	Bestmögliche Gesundheitsversorgung	9
2.1.	Grundsätze	9
2.2.	Eine direkte Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen	9
3.	Zeitgemäße Suchtprävention und Drogenpolitik	11
3.1.	Grundsätze	11
3.2.	Eine moderne Sucht- und Drogenpolitik in die Wege leiten	11
4.	Barrierefreie Stadt	12
4.1.	Grundsätze	12
5.	Wirksame Wohnpolitik	13
5.1.	Grundsätze	13
5.2.	Bezahlbares Wohnen als Menschenrecht verstehen	14
6.	Nachhaltige Wirtschafts- und Tourismusentwicklung	17
6.1.	Grundsätze	17
6.2.	Hochwertige Arbeitsplätze sichern und eine soziale Wirtschaft fördern	17
6.3.	Nachhaltigen Tourismus garantieren	18
7.	Bildung ohne Hindernisse – für jede Altersstufe	19
7.1.	Grundsätze	19
7.2.	Bildungshindernisse in der Volksschule abbauen	19
7.3.	Innsbruck als Studierendenstadt leben	20
8.	Echte Sicherheit für alle	21
8.1.	Grundsätze	21
8.2.	Sicherheit durch soziale Maßnahmen	21
9.	Migration als Bereicherung	23
9.1.	Grundsätze	23
9.2.	Vielfalt annehmen	23
10.	Platz für Kunst und Kultur	24
10.1.	Grundsätze	24
10.2.	Für Kunst und Kultur eintreten	24
11.	Mobilität im Dienste von Umwelt und BürgerInnen	26
11.1.	Grundsätze	26
11.2.	Mobilitätshindernisse beseitigen	26

12.	Die Energiewende sozialverträglich gestalten	28
12.1.	Grundsätze	28
12.2.	Ressource Energie nachhaltig nutzen	28
13.	Mehr Demokratie wagen und die BürgerInnenbeteiligung stärken	29
13.1.	Grundsätze	29
13.2.	BürgerInnen nachhaltig mitgestalten lassen	29
14.	Innsbruck zur Sportstadt für alle machen	30
14.1.	Grundsätze	30
14.2.	Innsbruck noch lebenswerter gestalten	30
15.	Ein Herz für Tiere zeigen	31
15.1.	Grundsätze	31
15.2.	Tiere als Teil unserer Stadt verstehen	31
16.	Die Stadtverwaltung stärken	32
16.1.	Grundsätze	32
16.2.	Stadt mit Struktur und Offenheit	32
17.	Stadtteile gezielt entwickeln	33
17.1.	Grundsätze	33
17.2.	Individuell auf die Stadtteile eingehen	33

0. Die Grundsätze von ALI

Präambel

Die Alternative Liste Innsbruck versteht sich als offenes, integratives und inklusives Projekt. ALI fördert die demokratische Mitbestimmung und das zivilgesellschaftliche Engagement.

Wir von ALI ...

- verstehen uns als Plattform, die zur politischen Meinungsbildung und Teilnahme am demokratischen Entscheidungsprozess auffordert.
- schützen die Gleichheit und Würde aller Menschen – und zwar unabhängig von ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder ihrem religiösen Bekenntnis.
- treten ein für Diversität und die gleichberechtigte Anerkennung aller Geschlechter.
- stärken die freie Meinungsäußerung im Rahmen der österreichischen Verfassung.
- bekennen uns zur vorbehaltlosen Geltung der Menschenrechte.

Ziele

Die Alternative Liste Innsbruck ist als ideeller Verein zur Gemeinnützigkeit verpflichtet. Sie ...

- schafft eine Plattform, die zur aktiven Gestaltung des politischen Umfelds einlädt.
- fördert demokratische Entscheidungsprozesse und Mitbestimmung.
- bietet allen Innsbruckerinnen und Innsbruckern die Möglichkeit, sich abseits klassischer Parteistrukturen an der politischen Meinungsbildung zu beteiligen.
- unterstützt das zivilgesellschaftliche Engagement.
- steht ein für eine offene, partizipative und inklusive Beteiligung am politischen Diskurs.

1. Soziale Stadt

1.1. Grundsätze

Wir stehen ein für eine zeitgemäße und soziale Familienpolitik, die den Bedürfnissen moderner Familien entgegenkommt. Zu einer solchen Politik gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die unter anderem durch ein optimales Angebot an familienergänzender Betreuung mitsamt umfassendem Kinderbetreuungsangebot sichergestellt wird.

Wir wollen der Vertreibungspolitik, die von der aktuellen Innsbrucker Kommunalpolitik als einziges Mittel gegenüber Randgruppen wie Obdachlosen eingesetzt wird, ein Ende setzen.

Wir fordern den Ausbau des betreuten Wohnens für SeniorInnen, wozu die Einrichtung von entsprechenden Wohngemeinschaften gehört. Wir setzen uns für Menschen ein, die nicht der heterosexuellen Normvorstellung entsprechen.

1.2. Kinderbetreuung erleichtern und Hindernisse für Familien abbauen

Wir fordern eine moderne und soziale Familienpolitik. Eine solche garantiert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir stehen daher ein für ein vielfältiges Angebot an familienergänzender Betreuung mit optimalem Kinderbetreuungsangebot.

Unser oberstes Prinzip lautet: Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Im Gegenzug sollen keine Paare gezwungen sein, ihren Kinderwunsch auf Grund mangelnder finanzieller Rahmenbedingungen oder organisatorischen Erschwernissen aufzugeben.

Unsere Lösungen für Familien:

- Gleiche Betreuungschancen für jedes Kind: Jedes Kind in der Stadt hat Anrecht auf einen kostenlosen Krippen- oder Kindergartenplatz mit Mittagstisch.
- Erleichterungen für berufstätige Eltern: Berufstätige Eltern sind auf lange und flexible Öffnungszeiten der Kinderbetreuungsstätten angewiesen. Aus diesem Grunde müssen die Betreuungseinrichtungen mit ausreichend Personal und Ressourcen ausgestattet werden, um den individuellen Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht zu werden.
- Kostenloses Sportprogramm für Kinder und Familien: Viele Kinder und Jugendliche leiden unter einem ausgesprochenen Bewegungsmangel. Doch dies muss nicht sein. Denn die Stadt verfügt über 33 Schulen, deren

Infrastruktur außerhalb der Unterrichtszeiten allen Innsbrucker Familien offenstehen sollen. Sporthallen, die nach der Schule ungenutzt leer stehen, sind daher Familien mit Kindern – idealerweise mit entsprechendem Sport- oder freizeitpädagogischem Programm – zur Verfügung zu stellen.

1.3. Jugend

Wie eine Gesellschaft mit der Jugend umgeht, so geht sie auch mit der eigenen Zukunft um. Daher ist Innsbruck nur zukunftsfähig, wenn es den jungen Menschen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Der Begriff „Jugend“ steht dabei für eine Vielzahl unterschiedlicher Menschen mit unterschiedlichen Visionen und Perspektiven. Somit gibt es keine einheitliche „Jugendkultur“, sondern einzelne Subkulturen, die es mit Respekt, Anerkennung und Solidarität zu stützen und zu entwickeln gilt.

Unsere Lösungen für ein Innsbruck, das jungen Menschen Raum für Entfaltung und Entwicklung gibt:

- Freiräume schaffen: Jugendliche benötigen ein Angebot von Räumen, zu denen Erwachsene keinen Zugang haben. Es ist Aufgabe der Stadt, diese Räume sowie weitere Begegnungsorte ohne Konsumzwang zur Verfügung zu stellen.
- Vielfalt in der Jugendarbeit leben: Jugendgruppen konstituieren sich meist selbst, und das ist gut so. Jugendarbeit soll daher nicht in der Beaufsichtigung und Kontrolle von Jugendlichen liegen, sondern soll sich im Dialog, in der Unterstützung und Beratung finden. Konfliktsituationen müssen so deeskaliert und im verständnisvollen Dialog gelöst werden.
- Echte Mitsprache statt Scheinbeteiligung: Jugendliche wollen nicht zur politischen Profilierung herkömmlicher Parteien dienen. Sie wollen vielmehr in ihren Bedürfnissen ernst genommen werden und mitgestalten. Daher müssen sie über einen Entscheidungsrahmen und entsprechende Ressourcen verfügen, über die sie autonom entscheiden.
- Kooperation und Begegnung leben: Jugendliche wollen gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und müssen hierzu auch Gelegenheit erhalten. In Begegnungszonen zwischen den Generationen erhalten sie so die Möglichkeit, anderen Generationen zu begegnen, Bedürfnisse zu verstehen und den Generationenvertrag zu leben.

1.4. SeniorInnen ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen

In Innsbruck fehlen betreute Wohnungen oder Wohngemeinschaften für SeniorInnen. Viele SeniorInnen sehen so keinen Anlass, ihre – oft günstigen sowie familiengerechten – Wohnungen aufzugeben. Die Folgen sind Vereinsamung, die Notwendigkeit einer teuren Hauskrankenpflege und letztlich oft ein ungewollter Heimaufenthalt.

Unsere Lösungen für SeniorInnen:

- Ausbau des betreuten Wohnens für SeniorInnen und der Wohngemeinschaften für SeniorInnen: Die Bereitschaft der älteren MitbürgerInnen, in ein betreutes Wohnprojekt oder eine Wohngemeinschaft zu übersiedeln, wächst stetig. Die Stadt Innsbruck sollte vorbereitet sein und auf neue Wohnkonzepte für SeniorInnen setzen.

1.5. Jegliche Diskriminierungen für homosexuelle und queere Menschen beseitigen

Gleichgültig, ob heterosexuell, homosexuell, queer, trans- oder intersexuell – InnsbruckerInnen jeglicher sexuellen Präferenz sollen frei und ohne Diskriminierung in ihrer Stadt leben. Eine fortschrittliche Kommunalpolitik steht deshalb in der Pflicht, allen BürgerInnen die bestmöglichen Bedingungen zur freien Entfaltung zu bieten.

Unsere Lösungen für Menschen jeglicher sexuelleren Ausrichtung:

- Enge Vernetzung von LSBTQI-Vereinen mit der städtischen Verwaltung: Eine Kooperation von Stadtgemeinde und LSBTQI-Vereinen macht es möglich, Initiativen für sexuelle Vielfalt ressortübergreifend, dialogorientiert und nachhaltig zu entwickeln. Zu einer proaktiven Akzeptanzarbeit gehören die Arbeit im Bildungsbereich und in der Kinder- und Jugendhilfe, die Förderung von Regenbogenfamilien und anderes mehr.
- Keine Diskriminierung von LSBTQI-Personen am Wohnungsmarkt: Die Stadt Innsbruck benötigt eine Ombudsstelle gegen Diskriminierung. Diese Stelle soll unter anderem gegen die – oft existenzbedrohende – Diskriminierung von LSBTQI-Personen auf dem privaten Arbeits- und Wohnungsmarkt ankämpfen.

1.6. Frauenpolitik als kommunale Aufgabe verstehen

Die #MeToo-Kampagne hat bewusstgemacht, dass allzu oft Frauen zu Opfern sexueller Übergriffe werden. Viele Täter stammen aus dem direkten Umfeld der Frau. Umso mehr sind Aufklärung und Sensibilisierung erforderlich.

Gleichzeitig ist Armut oft weiblich. Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit bleiben meist an Frauen hängen. Ohne die oft kostenlosen Tätigkeiten, die Frauen im Alltag verrichten, würde unsere Gesellschaft zusammenbrechen. Doch noch immer erhalten Frauen oft weniger Gehalt für die gleiche Arbeit als Männer und sind aufgrund fehlender Pensionszeiten von Altersarmut betroffen. Schließlich muss Frauen das Recht eingeräumt werden, über den eigenen Körper zu entscheiden.

Unsere Lösungen für eine progressive Frauenpolitik:

- Gewaltschutzzentren und Frauenhäuser ausbauen: Die Stadt Innsbruck muss sich klar zum Erhalt und Ausbau von Gewaltschutzzentren bekennen und mehr Mittel für den Opferschutz bereitstellen.
- Bildungsangebote für Migrantinnen: Häusliche Gewalt und Unterdrückung ist gerade in Gemeinschaften mit migrantischem Hintergrund ein gravierendes Problem. Doch sind Migrantinnen oft nicht zur Gegenwehr bereit, da sie nicht zuletzt auf Grund sprachlicher Barrieren isoliert sind. Gezielte Bildungsangebote wirken dieser Isolation entgegen.
- Mädchenarbeit fördern: In Tirol gibt es bislang nur ein einziges Mädchenzentrum. Das ARANEA leistet wertvolle Arbeit und bietet jungen Mädchen einen Freiraum ohne Konsumzwang. Trotz seiner wertvollen Arbeit ist das ARANEA immer wieder von der Schließung bedroht. Statt auf dem Gebiet der Mädchenarbeit zu sparen, muss die Stadt ihre Förderung massiv erhöhen – und damit einen wichtigen Beitrag zu Emanzipation und Gewaltschutz leisten.
- Gleicher Lohn für Frauen: Frauen verdienen oft immer noch weniger als Männer. Dieser Umstand ist zu beseitigen.

1.7. Obdachlosigkeit und Armut vorbeugen

Etwa 300 Menschen (TT vom 5.10.17, Zählung Verein Obdachlose vom Juni 2017) in Innsbruck haben kein Dach über dem Kopf. Obdachlosigkeit geht oft mit Arbeitslosigkeit einher: Wer keine Arbeit hat, findet keine Wohnung und umgekehrt. Diesen Teufelskreis gilt es in einer fortschrittlichen Stadt zu

durchbrechen, statt Ausgrenzung und Vertreibung zu betreiben sowie Armut und soziale Probleme zu verdrängen.

Erforderlich ist daher eine Politik, die Obdachlose auffängt, die Ursachen hinterfragt und den Betroffenen eine Perspektive bietet.

Unsere Lösungen für Obdachlose und Randgruppen:

- Schaffung öffentlicher Rückzugsräume für Obdachlose und entsprechende Infrastruktur statt Vertreibungspolitik: Die Nächtigung von Obdachlosen ist in der Innenstadt von Kaufleuten nicht erwünscht. Umso wichtiger ist es, für die Obdachlosen attraktivere Angebote zur Nächtigung als die Lauben der Altstadt zu schaffen. Gesicherte, flexible Nächtigungsmöglichkeiten (Notschlafstellen oder geschützte Schlafplätze im Freien mit entsprechender Infrastruktur) sollen Obdachlose auffangen und ihnen Sicherheit sowie ausreichende hygienische Rahmenbedingungen bieten. Gleichzeitig sind eine ganzjährige Notschlafstelle sowie eine eigene Frauennotschlafstelle einzurichten.
- Dauerhafte Wohnformen statt Notschlafstellen: Notschlafstellen dürfen nicht zu einer dauerhaften Wohnform werden bzw. die Wohnungslosigkeit gar verfestigen, sondern gehorchen einzig dem Zweck einer kurzfristigen Notüberbrückung. Somit sind Angebote zu schaffen, um Wohnungslosen rasch und unbürokratisch wieder zu einer dauerhaften Bleibe und zu ihrem Menschenrecht zu verhelfen.
- Gezielte Armutsprävention: Versteckte Armut darf in der Mitte unserer Stadt nicht geduldet werden. Deshalb muss Innsbruck Maßnahmen zur Armutsprävention evaluieren und ergreifen. Gleichzeitig sind die Mittel für Einrichtungen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung Betroffene unterstützen, zu erhöhen.

2. Bestmögliche Gesundheitsversorgung

2.1. Grundsätze

Alle InnsbruckerInnen sollen – unabhängig von ihrem sozialen Status und Einkommen – wohnortnah Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung erhalten. Ebenso soll ein differenziertes Angebot den Bedürfnissen Pflegebedürftiger und ihrer pflegenden Angehörigen entgegenkommen. Pflegebedürftige Menschen benötigen ein differenziertes Angebot (von ambulanter Tagesbetreuung, stundenweise aufsuchende Hilfe zu Hause bis zur 24 Stunden-Pflege und Pflegeheimen), das sich nach den Bedürfnissen der Betroffenen richtet und höchsten Qualitätsstandards entspricht.

Darüber hinaus ist der Privatisierung von Gesundheitsleistungen auf Kosten der öffentlichen Gesundheitsdienste entschlossen entgegenzutreten. Denn eine Zweiklassenmedizin ist unsolidarisch, ungerecht und schadet gerade denjenigen Menschen, die den freien Zugang zu medizinischen Leistungen am dringendsten brauchen.

Gesundheitspolitik darf sich schließlich nicht auf die medizinische Versorgung beschränken. Denn Gesundheit und Krankheit werden ganz wesentlich von Umwelt- und Lebensbedingungen beeinflusst. Gesundheitspolitik ist also gleichzeitig auch Umweltpolitik, Sozialpolitik und der Kampf um eine menschengerechte Arbeitswelt.

2.2. Eine direkte Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen

Unsere Lösungen für eine menschengerechte Gesundheitspolitik:

- Gesundheitsversorgung durch ein ambulantes Versorgungsangebot in ÄrztInnenzentren: Lange Wege sind gerade für kranke Menschen eine nahezu unüberwindbare Hürde. Wohnortnahe, öffentliche Gesundheitszentren zur allgemeinmedizinischen und fachärztlichen Versorgung beugen dem vor. Sie leisten zudem kostenlose Beratung und Behandlung von Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Suchtproblemen und bieten in Krisensituationen rasche Hilfe.
- Pflege sicherstellen: Pflegebedürftige Menschen sind auf ein differenziertes, kostenloses und bedürfnisgerechtes Angebot angewiesen. Sie müssen zwischen mobiler und stationärer Betreuung wählen können. Im Falle stationärer Betreuung ist der Betreuungsschlüssel in Pflegeheimen für eine menschenwürdige Pflege zu erhöhen. Die Betreuung in kleineren

Wohngruppen muss geboten werden, zumal diese vielfach den Bedürfnissen der PatientInnen eher entsprechen als größere Pflegeheime. Außerdem müssen adäquate Dauerplätze für Schlaganfall-, MS- und DemenzpatientInnen geschaffen werden. Diese werden derzeit üblicherweise in Pflegeheimen untergebracht, die nicht auf deren spezifischen Bedürfnisse ausgelegt sind. Vielen Menschen ist es ein Anliegen, ihren pflegebedürftigen Angehörigen ein Leben im eigenen Zuhause statt im Pflegeheim zu ermöglichen. Für jene Person, die den Großteil der häuslichen Pflege trägt, bedeutet das allzu oft ein Ausscheiden aus dem Berufsleben und soziale Isolation. In vielen Städten und Gemeinden existieren daher Tagesbetreuungseinrichtungen für Pflegebedürftige, die den pflegenden Angehörigen tatkräftig zur Seite stehen. Diese Stätten bieten fachlich angeleitete Aktivitätsangebote und Bewegungsmöglichkeiten sowie spezialisierte therapeutische Angebote. Ein derartiges Angebot muss in Innsbruck gezielt ausgebaut werden.

- Faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung im Gesundheitsbereich: Faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung für das Personal im Gesundheitsbereich (v.a. in der Pflege und in der Betreuung von pflegebedürftigen Menschen) sind notwendig, um das Innsbrucker Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten bzw. für weitere Generationen auszubauen.
- Psychotherapie: Die Psychotherapie auf Krankenschein und ohne Selbstbehalt ist bislang auf wenige Menschen beschränkt, die einen Modellplatz erhalten haben. Alle anderen bekommen ausschließlich eine psychiatrische Behandlung, wenn sie sich eine therapeutische Begleitung nicht leisten können. Das muss sich dringend ändern. Nicht nur physische, sondern auch psychische Gesundheit ist ein Menschenrecht.

3. Zeitgemäße Suchtprävention und Drogenpolitik

3.1. Grundsätze

Der Konsum von Drogen war und ist Teil der menschlichen Kultur, eine drogenfreie Gesellschaft hat es nie gegeben. Die Gründe/Motive warum jemand Drogen konsumiert sind vielfältig und nicht jede/r DrogenkonumentIn ist süchtig. Die Abhängigkeit von Drogen (Sucht) ist keine Willensschwäche oder moralische Verfehlung, sondern eine Krankheit, die von den Lebensumständen mitgeprägt wird. Eine Gesellschaft wie wir sie uns vorstellen, ist getragen von Toleranz, die Suchtkranke als Teil unserer Stadt anerkennt, die gegen Kriminalisierung, Ausgrenzung und Stigmatisierung von Suchtkranken auftritt und ihnen jene Hilfe zukommen lässt, die sie benötigen. Wirksame Suchtprävention erfordert eine Politik, die für gesunde und gerechte Lebensbedingungen sorgt, die Ressourcen der Menschen stärkt und ihnen ermöglicht, selbstbestimmt ihr Leben zu gestalten

3.2. Eine moderne Sucht- und Drogenpolitik in die Wege leiten

Unsere Lösungen für eine zeitgemäße Drogenpolitik:

Als Motor und Koordinatorin zur Weiterentwicklung einer zeitgemäßen städtischen Drogenpolitik schlagen wir die Schaffung einer städtischen Suchtkoordination vor. Diese soll die Entwicklung dringend anstehender Maßnahmen (z.B. den Ausbau niederschwelliger, schadensreduzierender Hilfe und suchtmedizinischer/therapeutischer Behandlungsmöglichkeiten wie eine Ambulanz für Alkoholranke und den Ausbau der Angebote für die Opioid-Substitutionsbehandlung, sowie die Entwicklung von REHA Maßnahmen, diversifizierte Beschäftigungs- und Wohnangebote für Suchtkranke, neue Formen der Prävention u.a.) in Zusammenarbeit mit den Landesbehörden aufeinander abstimmen und deren Umsetzung koordinieren.

4. Barrierefreie Stadt

4.1. Grundsätze

Die UN-Behindertenrechtskonvention (abgekürzt UN-BRK) verpflichtet Österreich, die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu garantieren und zu erweitern. Die umfassende Barrierefreiheit bietet die Voraussetzung für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderungen. Sie betrifft Barrieren jeglicher Art: also physische, kommunikative, soziale, intellektuelle, ökonomische, institutionelle wie digitale Barrieren.

Eine weitgehend barrierefreie Umgebung kommt im Übrigen allen InnsbruckerInnen zugute und erleichtert deren Alltag.

Unsere Lösungen für ein barrierefreies Innsbruck:

- Barrierefreiheit durchsetzen: Vorhandene Barrieren werden in Innsbruck konsequent erhoben und abgebaut. Ein barrierefreier Zugang hat Priorität und ist für sämtliche Kassenarztpraxen anzustreben. Ebenso sind im öffentlichen Personennahverkehr so rasch wie möglich sämtliche Barrieren zu beseitigen: so etwa an den Haltestellen Maria-Theresienstraße, Museumsstraße und Landesmuseum.
- Leichter lesen: Zugänge im Web sowie amtliche Informationen sind verpflichtend zu erleichtern und verständlicher zu gestalten.
- Mehr kostenlose öffentliche Toiletten ohne Barrieren: Immer mehr Toiletten sind an öffentlichen Plätzen oder in öffentlichen Gebäuden kostenpflichtig und nicht barrierefrei zugänglich. Dies stellt ein Hindernis für alle BürgerInnen dar, das es abzubauen gilt.
- Anzahl von Sachverständigen für Barrierefreiheit erhöhen: Aktuell sind in Tirol zwei Sachverständige für Barrierefreiheit tätig. Um die noch immer zahlreichen Barrieren konsequent zu beseitigen, benötigt es zusätzliche Sachverständige.

5. Wirksame Wohnpolitik

5.1. Grundsätze

„Wohnen ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Eine gute und bezahlbare Wohnung ist neben einer geregelten und sicheren Arbeit die Lebensgrundlage für jeden Menschen. Wohnen muss für alle bezahlbar, Wohnungen und die Wohnumgebung müssen qualitativ hochwertig sein.“ (Arbeitsübereinkommen Innsbruck 2012-2018). Doch diesem Anspruch ist die Stadtpolitik in den letzten Jahren nicht gerecht geworden. Die Mietpreise auf dem privaten Wohnungsmarkt sind geradezu explodiert und für viele Menschen nicht mehr zu stemmen.

Konkret sind die Nettoeinkommen in Tirol zwischen 2006 und 2016 um durchschnittlich 23,7% gestiegen; die Mieten sind im gleichen Zeitraum jedoch um 34,4% angewachsen. Mit 16 € pro Quadratmeter (siehe [hier](#) oder [hier](#)) durchschnittlich ist die Tiroler Landeshauptstadt vor Wien (14,90 €/qm) und Salzburg (14,40 €/qm) das mit Abstand teuerste Pflaster Österreichs. Längst tun sich deshalb normalverdienende Familien schwer, in Innsbruck noch eine bezahlbare Wohnung zu finden. Für besonders armutsgefährdete Gruppen wie PensionistInnen, Alleinerziehende oder Langzeitarbeitslose ist Wohnen schlichtweg nicht mehr zu bezahlen. Vielen bleibt deshalb nach Abzug der Miete nicht genug Geld zum Leben: Sie sind somit auf Unterstützungen durch Mindestsicherung und Mietzinsbeihilfe angewiesen. Genau bei diesen Leistungen der öffentlichen Hand wurden aber in den letzten Jahren Kürzungen bzw. Zugangshürden beschlossen; und all dies, ohne den Zugang zu immer noch bezahlbarem gemeinnützigem, städtischem Wohnraum nach sozialen Kriterien zu vereinfachen.

Damit wird immer mehr InnsbruckerInnen ein Grundrecht verwehrt: bezahlbares Wohnen und Leben. Wohnen gilt als Grundrecht für die Menschen. Wohnen – vor allem auch sozialer Wohnbau – soll nicht nur bezahlbar, sondern auch Lebensqualität bieten. Wo Wohnen jedoch zum Luxusgut wird, bleibt Leben auf der Strecke. Ohne Wohnraum ist es undenkbar, einer Arbeit oder Ausbildung nachzugehen oder am sozialen Leben teilzunehmen.

Hinzu kommt, dass die Situation am Wohnungsmarkt zu einer Umverteilung geführt hat. Zwischen 2002 und 2016 wuchs die Innsbrucker Bevölkerung – nicht zuletzt bedingt durch den hohen Zuzug – um mehr als 18'000 Personen. Profitiert haben davon HausbesitzerInnen und BauträgerInnen. Verschärft wurde diese Entwicklung dadurch, dass im Zuge der Finanzkrise immer mehr Kapital in den Immobilienmarkt gepumpt wurde.

Diese Entwicklung lässt sich nur bremsen, wenn die Stadt Innsbruck aktiv in den Immobilienmarkt eingreift.

5.2. Bezahlbares Wohnen als Menschenrecht verstehen

Unsere Lösungen für ein bezahlbares Wohnen, um bezahlbares Wohnen als Menschenrecht zu verankern:

- Städtischen Baugrund für Private sperren: Die Stadt darf ihren Boden (Baugrund) nicht mehr an private Bauträger verkaufen, sondern soll daran gebunden sein, ihren Grund für eigene gemeinnützige Bauprojekte verwenden.
- Städtisches Vorverkaufsrecht sichern: Die Stadt soll sich gezielt Vorkaufsrechte für Grundstücke sichern.
- Schutzmaßnahmen ergreifen, um Spekulationen und Mietpreiswucher zu verhindern: Die Stadt Innsbruck hat alle Möglichkeiten auszuloten, eine Obergrenze für Mietpreise und Mietpreissteigerungen bei Neuvermietungen zu bewirken.
- Leeren Wohnraum mit effektivem Leerstandsmanagement und Leerstandsabgabe bewirtschaften: Etwa 3'000 Wohnungen (derStandart.at vom 14.09.17) stehen in Innsbruck derzeit ungenutzt leer – und zwar selbst in Wohngebäuden, die von der IIG vermietet werden. Ein Leerstandsmanagement ist daher dringlich erforderlich: Es soll flexibel leeren Wohnraum nutzbar machen, unbürokratisch Zwischennutzungen ermöglichen und kurzfristige Wohnbedürfnisse erfüllen. Die Stadt Innsbruck hat ferner alle Möglichkeiten auszuloten, eine Leerstandsabgabe auf leerstehenden Wohnraum einzuführen.
- Städtische Beratungsstellen für MieterInnen stärken: Alle InnsbruckerInnen sollen kostenfrei Zugang zu Beratungsstellen haben, die bei der Wohnungssuche helfen oder Konflikte mit VermieterInnen lösen. Ebenso sollen diese Beratungsstellen Zugezogenen zur Verfügung stehen.
- Zweitwohnungen stärker besteuern: Die Stadt Innsbruck hat alle Möglichkeiten auszuloten, die Zweitwohnungssteuer deutlich zu erhöhen.
- Gewidmetes Bauland freisetzen: Gewidmetes Bauland darf nicht gehortet werden. Die Stadt Innsbruck hat Anstrengungen zu unternehmen, die bisherige Bebauungsfrist von 30 Jahren durch eine Frist von fünf Jahren zu ersetzen. Konkret: Gewidmetes Bauland, das brachliegt, soll nach einer Frist von fünf Jahren für die Pläne der Stadt – etwa gemeinnützigen Mietwohnungsbau – genutzt werden können.

- Kostenlose Energiegrundsicherung zur Senkung der Wohnnebenkosten: Großverbraucher aus der Wirtschaft kommen in den Genuss von Mengenrabatten auf Energie (Strom, Gas). Privathaushalte zahlen hingegen höhere Energiepreise – obschon Heiz- und Stromkosten gerade das Budget von Geringverdienenden stark belasten. Die Stadt als Miteigentümerin der IKB hat deshalb für eine Energiegrundsicherung zu sorgen: also für ein Kontingent an Energie, das geringverdienenden Haushalten kostenlos zur Verfügung steht.
- Soziale Wohnbauinitiative starten: Diese ungebremste Preisentwicklung in Innsbruck lässt sich nur bremsen, wenn die Stadt Innsbruck aktiv in den Immobilienmarkt eingreift. Das heißt konkret: Mehr sozialer Wohnungsbau und mehr Gemeindewohnungen zu bezahlbaren Preisen! Die Stadt Innsbruck hat daher eine Wohnbauinitiative zu starten, die den Anteil an Gemeindewohnungen bis 2025 verdoppelt.
- „25%-Ziel “ – einen statistischen Zielwert für die Wohnpreisentwicklung verankern: Derzeit gilt nach den Vormerkungsrichtlinien, dass eine Mietbelastung erst zu hoch ist, wenn die Bruttomiete 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Dieser Wert ist zu senken. Um die massive Wohnungsnot und die hohen Wohnpreise in den Griff zu kriegen, braucht es ein klares Bekenntnis. Das „25%-Ziel“ steht für den entschlossenen Willen der Politik, wonach ein Innsbrucker Durchschnittshaushalt bis 2025 nicht mehr als 25% des verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen aufbringen muss. Bis 2025 soll damit das Mietpreisniveau auf Wiener Verhältnisse sinken.
- Wartelisten für Gemeindewohnungen noch sozialer gestalten: Die Vergaberichtlinien sind möglichst sozial zu gestalten. So muss das Kriterium der sozialen Bedürftigkeit im Punktesystem der Wohnungsvergabe höher gewertet werden.
- Mietzinsbeihilfe überarbeiten: Die Mietzinsbeihilfe ist kein nachhaltiges Mittel, um das Wohnen bezahlbar zu gestalten. Dennoch muss der Zugang zur Mietzinsbeihilfe entbürokratisiert werden, um unmittelbar Berechtigte zu unterstützen. Dies bedeutet: keine Wartezeiten auf die Beihilfe und Abschaffung der Bestätigung seitens der VermieterInnen (die Meldebestätigung reicht aus). BezieherInnen von Mindestsicherung dürfen zudem bei der Wohnungssuche nicht durch realitätsferne „Mietobergrenzen“ benachteiligt werden.
- Platz für Wohnen statt für Einkaufszentren: Ein Blick aus der Luft auf Innsbruck macht deutlich, dass Einkaufszentren in einer Stadt mit wenig

bewohnbarer Fläche unverhältnismäßig viel Raum einnehmen. Es kann nicht sein, dass Einkaufszentren, einstöckige Gewerbegebäude oder riesige Parkflächen aus Beton wertvollen Raum in Anspruch nehmen, der verdichtet als hochwertiger Wohnraum genutzt werden könnte. In diesem Sinne ist die Widmung von Brachflächen in Gewerbegebiet in Frage zu stellen und bei wenig nachhaltiger Planung rückgängig zu machen. Denn es darf nicht sein, dass die Lebensqualität der InnsbruckerInnen durch fantasielose Verdichtung des Wohnungsbestands beeinträchtigt wird, während Verkehrs- und Gewerbeflächen großzügig den potenziellen Wohnraum verknappen.

- Druck auf bundesweite Mietobergrenzen erhöhen: Die Stadt Innsbruck und das Land Tirol haben für die Gemeinnützigen Bauten in ihrem Zuständigkeitsbereich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Wohnkosten sozialverträglich zu gestalten. Konkret muss der Kategoriemietzins (3,60 Euro pro Quadratmeter) gedeckelt werden.
- Mehrgenerationen-Wohnen ermöglichen: Mehrgenerationenwohnen im sozialen Wohnbau stärkt den sozialen Zusammenhalt und fördert die Nachbarschaftshilfe. Ältere Menschen können bei der Kinderbetreuung helfen und junge Familien können ältere Personen bei beschwerlichen Alltagsbesorgungen unterstützen. Die Stadt Innsbruck sollte im sozialen Wohnbau auch an Mehrgenerationen-Wohnkonzepte denken, wo Menschen sich durch Nachbarschaftshilfe gegenseitig unterstützen.
- Genossenschaftlichen Wohnbau und Mietshausyndikate fördern: Wenn Menschen sich zusammentun, um gemeinsam bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist dies als Selbsthilfe zu begrüßen. Daher ist der genossenschaftliche Wohnbau in Innsbruck zu stärken. BürgerInnen, die sich zu einem Mietshausyndikate zusammentun, sind zu beraten und nach Möglichkeiten zu unterstützen.
- Bedürfnisgerechte Quoten bei privatem Wohnbau: Die Stadt soll Quoten für Bedarfsgruppen (MieterInnen, Studierende usw.) einführen. Diese Quoten sollen sicherstellen, dass privater Wohnbau bezahlbaren Wohnraum sowie soziale Durchmischung schafft.

6. Nachhaltige Wirtschafts- und Tourismusedwicklung

6.1. Grundsätze

Wer ganztags arbeitet, soll von seinem Gehalt leben können. Um dies sicherzustellen, sind auch unkonventionelle Lösungen wie ein Grundeinkommen in Betracht zu ziehen. Ebenso ist eine Stadt nur attraktiv, wenn sie BerufseinsteigerInnen Perspektiven bietet und UnternehmensgründerInnen unterstützt. Klar ist gleichzeitig, dass nicht nur ArbeitnehmerInnen, sondern auch Betriebe und kleine und mittlere Unternehmen gestärkt werden müssen, damit in Innsbruck ausreichend hochwertige, fair bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Ebenso ist Innsbruck Ziel vieler Gäste aus dem In- und Ausland. Doch nur hochwertiger Tourismus ist nachhaltig, während Massentourismus für eine Stadt und ihre BewohnerInnen nur Nachteile bringt. Die Politik muss daher einen schonenden, hochwertigen Tourismus fördern.

6.2. Hochwertige Arbeitsplätze sichern und eine soziale Wirtschaft fördern

Unsere Lösungen für Innsbruck als attraktiven Arbeitsort:

- Den Lehrberuf stärken und attraktiv vermitteln: Innsbruck benötigt eine Lehrlingsinitiative. Die Stadt soll dementsprechend Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe fördern, die Lehrplätze bei fairer Entlohnung bieten und eine bestmögliche Ausbildung garantieren.
- Digitalisierung als Chance verstehen: Die Arbeitswelt ist im Umbruch. Umso mehr muss für digitale Start-ups günstiger Büroraum zur Verfügung stehen.
- Nachhaltige Projekte bevorzugen: Soziale und ökologische Projekte bzw. Gründungen sollen gezielt gefördert werden. So sollen sie von Entlastungen im Bereich der Kommunalsteuer und Mietzuschüssen profitieren.
- Faire Bezahlung von städtischen Angestellten: Das Verhältnis von Führungskräften städtischer Betriebe soll an einen festen Richtwert gebunden sein, der sich am Durchschnittsgehalt bemisst.
- Sozial bilanzieren: Die städtische Bilanz soll sich am SROI (social return on invest) orientieren.
- Regionalität fördern: Regional produzierte Produkte, regional orientierte Betriebe sowie regionale Initiativen sollen in städtischen Betrieben – etwa Verpflegungsbetrieben – gefördert werden bzw. einem festen Prozentsatz entsprechen. In Ausschreibungen sind regionale Anbieter, die sich zur

Nachhaltigkeit bekennen, zu bevorzugen. Gleichzeitig nimmt die Stadt Innsbruck so ihre Verantwortung für die umliegenden Gemeinden wahr.

- Gemeinwohlökonomie stützen: Innsbruck muss eine Gemeinwohlbilanz erstellen. Denn nur eine solche Bilanz macht nachhaltiges Wachstum sichtbar.

6.3. Nachhaltigen Tourismus garantieren

Unsere Lösungen für Innsbruck als nachhaltiges Tourismusziel:

- Stadtmarketing auf Individualtourismus ausrichten: Der zunehmende Massentourismus führt in Innsbruck zu immer mehr Konflikten. Das Stadtmarketing hat Innsbruck daher als hochwertige Destination zu vermarkten, die Individualreisenden im Zusammenspiel mit den umliegenden Gemeinden hochwertige Natur-, Sport- und Kulturerlebnisse bietet.
- Massenveranstaltungen begrenzen: Veranstaltungen wie der Weihnachtsmarkt oder der Bergsilvester sorgen zwar für Umsatz, führen jedoch immer mehr zu Interessenskonflikten und beeinträchtigen die Umweltbilanz. Die Anzahl an Großereignissen bzw. deren Umfang ist daher zu beschränken.

7. Bildung ohne Hindernisse – für jede Altersstufe

7.1. Grundsätze

Bildung wird heute mehr denn je an ganz unterschiedlichen Orten vermittelt und ist nicht immer an klassische Bildungsinstitutionen gebunden. Doch mehr denn je ist es vom sozialen Hintergrund abhängig, wie sinnerfüllend und erfolgreich gelernt wird.

Um die Chancengleichheit zu erhöhen, ist die Ganztagschule das passende Instrument, denn in ihr wird gelernt, geübt, gefördert. Die Stadt Innsbruck als Schulerhalterin hat es in der Hand, Ganztageschulen einzurichten und in ihnen ausreichend Plätze zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig kann sie wesentlich dazu beitragen, künstliche Bildungshürden abzubauen, die unterschiedlichen Schulformen aufzulösen und die gemeinsame Schule der 6-15-Jährigen zu fördern.

7.2. Bildungshindernisse in der Volksschule abbauen

Unsere Lösungen für eine Volksschule, die allen dieselben Chancen bietet:

- Soziale Durchmischung garantieren (keine „Ghettoklassen“!): Eine Durchmischung aller sozialen und ethnischen Gruppen in der Volksschule garantiert gleiche Bildungschancen für alle Kinder und bildet den Grundstein für ein gegenseitiges Verständnis.
- Sozialarbeit in Volksschulen stärken: Konflikte entstehen oft bereits in der Volksschule. Eine flächendeckende Schulsozialarbeit wirkt dem entgegen. Sie mindert soziale Konflikte und fördert bereits frühzeitig das Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft.
- Sprachkenntnisse in allen Sprachen fördern: Eine Sprachförderung in Deutsch wie in der Muttersprache erhöht die Chance für den Bildungserfolg.
- Nachhilfe für alle ermöglichen: Nachhilfe muss für alle bezahlbar sein. Aus diesem Grund muss für alle SchülerInnen eine bedürfnisgerechte Förderung und Nachhilfe kostenfrei garantiert sein.
- Schulwege sichern und günstige Mobilität für SchülerInnen garantieren: Schulwege müssen sicher sein – und öffentliche Verkehrsmittel für Eltern keine zusätzliche Belastung darstellen. Vergünstigte – allenfalls kostenfreie – SchülerInnen-Tickets sowie eine optimale Verkehrssteuerung machen den Schulweg nicht zur Belastung.

7.3. Innsbruck als Studierendenstadt leben

Unsere Lösungen für Innsbruck als Studierendenstadt:

- Quote für studentisches Wohnen einführen: Wohnbauprojekte sollen ab einem festzulegenden Umfang eine feste Quote für studentisches Wohnen vorsehen.
- Die Stadt zum „Campus Innsbruck“ machen: Innsbruck soll zum Campus werden. Dies bedeutet: mehr Lernplätze, ein flächendeckendes WiFi sowie Begegnungsräume ohne Konsumzwang schaffen.
- Mobilität für Studierende vergünstigen: Günstige IVB-Tickets machen Mobilität das ganze Jahr hindurch leistbar.

8. Echte Sicherheit für alle

8.1. Grundsätze

Sicherheit beruht oft auf subjektiver Wahrnehmung. Im Vergleich zu vielen Großstädten bietet Innsbruck eine hohe Sicherheit. Dennoch sind Bedenken der Bevölkerung stets ernst zu nehmen und produktiv umzusetzen. Bereits heute investiert Innsbruck viel in die Sicherheit ihrer BürgerInnen, doch es besteht in einigen Bereichen ein klarer Nachholbedarf: So fehlen Maßnahmen, die soziale Konflikte im Vorfeld erkennen und eindämmen. Ebenso ist die Arbeitsaufteilung von Polizei und MÜG in der Öffentlichkeit zu wenig klar.

8.2. Sicherheit durch soziale Maßnahmen

Unsere Lösungen für ein sicheres Innsbruck:

- Über Gefahrenquellen aufklären: Bereits in den Volksschulen kann vorausschauender Umgang mit Gefahrenquellen vermittelt und eingeübt werden. Hierzu zählen neben der Verkehrserziehung der Umgang mit Gewalt und Drohung sowie das Erlernen von Deeskalationsstrategien.
- Zivilcourage stärken: Eine Stadt, deren BürgerInnen nicht wegsehen, sondern ohne Selbstgefährdung eingreifen und sich an unbürokratische Meldestellen wenden, bietet die bestmögliche Sicherheit für alle. In diesem Sinne muss die Zivilcourage im Zusammenhang mit SicherheitsexpertInnen im Rahmen von Schulungen und Kampagnen gestärkt werden.
- Rassismus und Antisemitismus auf jeder Ebene bekämpfen: Bildungsangebote, geförderte Vorträge an Schulen oder Kulturveranstaltungen machen Innsbruck zu einer toleranten Stadt, die extremen, menschenverachtenden Bewegungen keinen Nährboden bietet.
- Deeskalation schulen: Deeskalationsstrategien sind ein zentrales Mittel zur Prävention von Gewalt. Sämtliche Organe der Stadt, von der MÜG bis zu den MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung sind damit umfassend vertraut zu machen.
- Kompetenzen der MÜG nicht ausbauen: Die Kompetenzen der Mobilen Überwachungsgruppe (MÜG) dürfen nicht erweitert werden oder nahe an hoheitliche Bereiche rücken. Das Gewaltmonopol hat bei der Polizei zu bleiben.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei stärken: Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Bevölkerung bietet die

Grundlage für eine soziale Polizeiarbeit und eine nachhaltige Sicherheit an der Basis.

- Aufklärung zu sozialen Medien auf allen Ebenen (Schule und Beruf): Die sozialen Medien sind für viele nicht mehr zu überblicken. Daher müssen Aufklärung zu Spielsucht, Datenklau, Cybermobbing, Fake News – somit grundsätzlich zu sozialen Medien – auf allen Ebenen wie Schule oder Beruf durchgängig eingeführt werden.

9. Migration als Bereicherung

9.1. Grundsätze

Diversity steht für Vielfalt, die es zu fördern gilt. Zur Vielfalt der Stadt gehören unter anderem Menschen aus anderen Ländern und Kulturkreisen, die in Innsbruck eine neue Heimat gefunden haben. Eine humane und zeitgemäße Stadtpolitik muss der Vielfalt Rechnung tragen – und Migration als Chance verstehen. Schließlich sind es gerade Menschen mit Migrationshintergrund, welche die Stadt bereichern.

9.2. Vielfalt annehmen

Unsere Lösungen für ein vielfältiges Innsbruck:

- Integration an Schulen fördern: Viele Kinder erleben Diskriminierung durch MitschülerInnen wie durch Lehr- oder Betreuungspersonen. Integration als Schulfach sowie Anlaufstellen legen den Grundstein für ein verständnisvolles Miteinander aller Beteiligten.
- Sprachkurse ohne Hindernisse anbieten: Der Zugang zu Sprachkursen ist oftmals umständlich und mit Kosten verbunden. Städtische Deutschkurse, die kostenfrei und ohne Hürden zugänglich sind, erreichen Lernwillige, die keinen Zugang zu Sprachkursen finden.
- Migration vertraut machen: Viele BürgerInnen hegen Vorbehalte gegen MigrantInnen, weil sie mit Migration und ihren Begleiterscheinen wenig vertraut sind. Aktionen, die im Sinne einer „Markthalle der Kulturen“ Migration (siehe dazu auch „Forum Migration“) sichtbar machen, sind geeignet, Vorbehalte abzubauen.
- Unternehmen Migration nahebringen: Migration als Produktivitätsfaktor verstehen, bedeutet: die mannigfachen Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen mit migrantischem Hintergrund gezielt zu nutzen. Ein Verbindungsbüro soll so für neuankommende MigrantInnen die Brücke zu Wirtschaftsunternehmen schlagen.

10. Platz für Kunst und Kultur

10.1. Grundsätze

Kultur ist eine Form des Ausdrucks einer Gesellschaft und der Kommunikation. Zudem sind die Ausdrucksformen von Kunst so vielfältig wie die Menschen selbst: Daher hat jede Form der Kunst ihre Berechtigung und muss wertgeschätzt werden – und es ist ein gesellschaftlich reiches Zusammenleben in Innsbruck ohne Kunst und Kultur letztlich undenkbar.

Kunstschaffende AktivistInnen, KünstlerInnen und Kulturinitiativen benötigen auf Gemeindeebene jedoch eine starke Fürsprache – zumal immer schneller neue Kunst- und Kulturformen entstehen, die in der Kulturförderung mitberücksichtigt werden müssen.

Nicht alle BürgerInnen finden leicht Zugang zu Kunst und Kultur. Eine innovative Kulturvermittlung ist dabei in der Lage, durch „maßgeschneiderte“ Kommunikationsangebote Schwellen abzubauen und selbst sogenannte „kulturferne“ Personengruppen am kulturellen Geschehen teilnehmen zu lassen. Bedauerlicherweise sind KünstlerInnen und Kulturschaffende in sehr hohem Maß von Armut und Armutsgefährdung betroffen. Die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen muss daher auch auf Stadtebene ein zentrales Anliegen der Kulturpolitik sein – u.a. durch Anerkennung von Kulturarbeit als zu bezahlende Arbeit und ein Ende des unfreiwilligen Ehrenamts, durch bessere Planbarkeit, durch die Bezahlung fairer Honorare, durch die Indexanpassung von Kulturförderung und vielem mehr.

10.2. Für Kunst und Kultur einstehen

Unsere Lösungen für ein künstlerisches Innsbruck:

- Kulturräume schaffen: Kultur benötigt Experimentierfelder – und diese benötigen Raum. Die Anzahl an Kulturräumen in der Stadt muss daher wachsen. Mehr erschwingliche bzw. kostenlose Probe- und Arbeitsräume, Ausstellungs- oder Projektflächen bilden die Grundlage für ein reichhaltiges Kulturschaffen an der Basis.
- Einen Kulturbeirat schaffen: Ein vorwiegend aus Kulturschaffenden bestehender Kulturbeirat behält die Kulturentwicklung der Stadt im Auge und ist in der Lage, zeitnah und ohne langwierige Kulturentwicklungspläne Maßnahmenempfehlungen auszusprechen. In diesem Zusammenhang muss „stadt_potenziale“ finanziell aufgewertet werden und ein Budget für Nachfolgeprojekte bereitstehen.

- Kleinkunst aufwerten: Statt nur auf prestigeträchtige Großprojekte zu setzen, muss die Stadt kleine Kulturbetriebe und -veranstaltungen finanziell und ideell (etwa durch Probe- und Ausstellungsräume) fördern. Denn Vielfalt des kulturellen Lebens wird nur durch eine faire Verteilung der Fördermittel gewährleistet.
- Kultur den Menschen nahebringen: Kunst und Kultur müssen näher zu den BürgerInnen rücken. Dies geschieht durch die Förderung der Innenstadt als Begegnungsraum, eine Kulturarbeit in Erstsprache bzw. der inter- und transkulturellen Arbeit, eine stadtteilbelebende Kulturarbeit sowie die Förderung eines niederschweligen und leistbaren Kulturzugangs.
- Geschlechtergerecht fördern: Kulturförderung sowie Vergaben von Preisen, Stipendien usw. müssen geschlechtergerecht erfolgen.
- Kostenlosen Kulturzugang ermöglichen: Um Kunst und Kultur möglichst vielen Menschen und unterschiedlichen Publikumsschichten nahezubringen, muss der Zugang niederschwellig und bezahlbar sein.
- Eine Schauspielschule ansiedeln: In Innsbruck und damit in einem großen Teil Westösterreichs gibt es zurzeit keine Schauspielschule. Diese Lücke gilt es zu schließen – zumal eine Schauspielschule Innsbruck erheblich aufwertet.

11. Mobilität im Dienste von Umwelt und BürgerInnen

11.1. Grundsätze

Eine bedarfsgerechte, gut ausgebaute und unterhaltene Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für den Wohlstand einer Stadt und die freie Entfaltung ihrer BürgerInnen. Angesichts der hohen Umweltbelastung durch den Individualverkehr, muss Innsbruck auf den öffentlichen wie den Langsamverkehr setzen. Dem Schienenausbau sowie einem lückenlosen Fahrradnetz kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu.

11.2. Mobilitätshindernisse beseitigen

Unsere Lösungen für eine Mobilität im Dienste aller:

- Soziale Hürden der Mobilität aus dem Weg räumen: Öffentlicher Verkehr muss mittelfristig kostenlos angeboten werden. Einkommensschwache, SchülerInnen und Studierende sollen möglichst rasch in den Genuss stark vergünstigter bzw. kostenfreier IVB-Tickets gelangen.
- Platz für PendlerInnen schaffen: Innsbruck benötigt mehr kostengünstige Park-and-Ride-Parkplätze für PendlerInnen. Denn nur ein Mehrangebot an Parkplätzen in der Peripherie hält den Verkehr von Stadt und Wohnquartieren fern.
- Ausnutzung zu Stoßzeiten optimieren: Wenn Schulen ihre Anfangszeiten koordinieren und nicht der Unterricht für alle SchülerInnen zur gleichen Zeit beginnt, reduziert dies die Auslastung von Trams und Bussen zu Stoßzeiten.
- E-Mobilität bei den öffentlichen Verkehrsmitteln erhalten und ausbauen: Straßenbahnen fahren mit Strom und damit emissionsarm. Die Anzahl dieselbetriebener Busse ist zugunsten elektrisch betriebener Verkehrsmittel zu verringern. In diesem Zusammenhang ist die Verlegung weiterer Buslinien auf die Schiene zu begrüßen.
- Langsamverkehr aufwerten: Ein Fahrradentwicklungsplan stellt sicher, dass das Netz an Fahrradwegen aufgewertet, stetig gepflegt und an die Bedürfnisse der FahrradfahrerInnen angepasst wird. Ein Pilotprojekt für einen solchen Plan ist mit Bund und Land abzusprechen.
- Rad- und Fußwege ausbauen: Zwar verfügt Innsbruck über mehrere relativ gute Verbindungen von der Peripherie ins Zentrum, doch sind manche Stadtteile nur mangelhaft eingebunden (z.B. Sieglanger). Der motorisierte und nicht-motorisierte Verkehr muss zudem dringend entflochten und die Anzahl an Begegnungspunkten verringert werden.

- Verkehrsplanung im Einklang mit der Bevölkerung durchführen: Maßnahmen der Verkehrsplanung, Trassenänderungen oder Fahrplanwechsel sind unter Einbezug der Bevölkerung vorzunehmen. Hierbei sind quantitative wie qualitative Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Im Einzelnen ist so die „6er“-Linie aufzuwerten, indem sie an die neue Talstation der Patscherkofelbahn herangeführt und bis in die Mitte der Stadt verlängert wird.
- Parkplätze ständig evaluieren: Die Parkraumbewirtschaftung ist weiterhin in Absprache in den einzelnen Stadtteilen mit der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen vorzunehmen.

12. Die Energiewende sozialverträglich gestalten

12.1. Grundsätze

Die Umstellung auf erneuerbare Energieträger tut Not – doch sie muss für alle BürgerInnen bezahlbar sein und darf nicht zu einer Verteuerung von Wohnkosten und Mieten führen. Förderungen vom Land oder auch der Stadt sind notwendig. Steigender Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß in den Städten gefährden unsere Gesundheit, unser Klima, unseren Wirtschafts- und Lebensraum.

12.2. Ressource Energie nachhaltig nutzen

Unsere Lösungen für eine sozialverträgliche Energiewende:

- IEP (Innsbrucker Energie-Entwicklungsplan) und Smart-Cities fördern: Innsbruck soll künftig auf Investitionen in fossile Energieträger verzichten und sich zu einer „Smart City“ entwickeln – also zu einer Stadt, die mit ihren Ressourcen in allen Bereichen (Wirtschaft, Verwaltung usw.) intelligent umgeht.
- Betriebe mit einem ausgeglichenen ökologischen Fußabdruck unterstützen: Betriebe, die sich um einen ausgeglichenen ökologischen Fußabdruck bemühen, sind gezielt zu unterstützen.
- Eine 2000 Watt-Gesellschaft anstreben: Jede(r) InnsbruckerIn soll 2025 nicht mehr als 2'000 Watt Primärenergie verbrauchen.

13. Mehr Demokratie wagen und die BürgerInnenbeteiligung stärken

13.1. Grundsätze

Ziel einer wirklichen BürgerInnenbeteiligung seitens der Politik muss sein, vertrauenswürdige, nachvollziehbare Prozesse zu sichern – und gleichzeitig jedes städtische Vorhaben auf maßgeschneiderte Partizipationsmöglichkeiten zu prüfen und dementsprechend umzusetzen. Der BürgerInnenbeteiligungsausschuss des Gemeinderats hat ein Grundgerüst erstellt, das die Qualität der Prozesse rund um die BürgerInnenbeteiligung sicherstellt und als Wegweiser dient. Jetzt braucht es den eindeutigen politischen Willen, den nächsten Schritt zu gehen und die BürgerInnenbeteiligung übergreifend zu leben.

13.2. BürgerInnen nachhaltig mitgestalten lassen

Unsere Lösungen für eine umfassende, übergreifende BürgerInnenbeteiligung:

- Bürokratische Hürden senken: Jegliche Hürden, die einer politischen Mitbestimmung im Wege stehen, müssen gesenkt werden.
- Keine Großprojekte ohne umfassende Partizipation der BürgerInnen: Die BürgerInnen haben das Recht, bei kostspieligen Großprojekten von Beginn an eingebunden zu sein und nicht – wie im Falle der Patscherkofelbahn – vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.
- Mechanismen der Beteiligung vereinheitlichen: Eine einheitliche Struktur und übergreifende Mechanismen sollen mittelfristig die heterogene Landschaft an Mitbeteiligungsmöglichkeiten durch ein einheitliches Modell ersetzen.
- Steuerungsgruppe einsetzen: Eine Steuerungsgruppe mit allen relevanten Fachdienststellen soll die flächendeckende Umsetzung der BürgerInnenbeteiligung sicherstellen. Im Gegenzug soll die BürgerInnenbeteiligung von der Stabstelle Kommunikation und Medien losgelöst werden. Flankierend sollen eineinhalb ExpertInnenstellen zur „Prozessbegleitung“ im Magistrat angesiedelt sein.
- Stadtforum veranstalten: Halbjährlich sollen aktuelle Themen im Rahmen eines Stadtforums zur Diskussion stehen.

14. Innsbruck zur Sportstadt für alle machen

14.1. Grundsätze

Innsbruck bietet eine hohe Lebensqualität. Wer in Innsbruck lebt, lebt dort, wo andere ihren Urlaub verbringen. Umso sinnvoller ist es, allen InnsbruckerInnen einen möglichst unbeschwerten Zugang zu Sport- und Freizeitmöglichkeiten zu ermöglichen. Dazu trägt einerseits der kostengünstige oder freie Zugang zu allen Sport- und Freizeitanlagen in der Stadt bzw. in den städtischen Naherholungsgebieten bei; andererseits ein umfassendes Angebot an Spiel- und Sportplätzen in den Stadtteilen, die niederschwellig, aber nachhaltig genutzt werden können.

14.2. Innsbruck noch lebenswerter gestalten

Unsere Lösungen für ein sportliches, lebenswertes Innsbruck:

- Fußball- und Sportplätze in allen Stadtteilen einrichten: Stadtteile leben durch ihre Begegnungsplätze, wozu neben Spielplätzen einfache Fußball- und Sportplätze gehören.
- Skifahren wieder attraktiver machen: Skifahren muss auf der Nordkette und am Patscherkofel für InnsbruckerInnen zu kleinen Preisen möglich sein.
- Mehr Grünzonen an den Inn: Die Stadt Innsbruck soll eine Freizeitanlage am Innufer erhalten. Der Inn wird von den Einheimischen wie auch von Touristen zu wenig genutzt. Eine attraktive Anlage würde unseren Fluss attraktiver machen und dem Namen gerecht werden. Die Aufwertung des öffentlichen Raums (z.B. des Innufers) erlaubt es, Innsbruck ohne Konsumzwang zu erleben. Grundsätzlich sind mehr konsumfreie Begegnungszonen in der Stadt einzurichten.
- Breiten-, Spitzen- und Einzelsport sind gleich zu fördern: Grundsätzlich sind Breiten- und Spitzensport – auch Einzelsportarten – in gleichem Umfang zu fördern. Städtische Sportinfrastruktur (z.B. Kletterhalle) ist kostenlos zur Verfügung zu stellen.
- Geschenk für mehr Sport: Auf den 18. Geburtstag soll die Stadt allen Jugendlichen ein Freizeitticket schenken.
- Freizeitticket in Raten bezahlen: Eine Ratenzahlung für das Freizeitticket muss künftig möglich werden.

15. Ein Herz für Tiere zeigen

15.1. Grundsätze

Tiere haben Rechte wie wir Menschen auch. Häufig aber findet der Tierschutz auf Gemeindeebene oft zu wenig Beachtung. Selbst in einer vergleichsweise kleinen Stadt wie Innsbruck ist es möglich, auf gesellschaftlicher sowie kommunalpolitischer Ebene einen Beitrag zum Tierschutz zu leisten.

15.2. Tiere als Teil unserer Stadt verstehen

Unsere Lösungen für ein tierfreundliches Innsbruck:

- Den Alpenzoo in den Dienst des Artenschutzes stellen: Der Artenschutz in unserem Alpenzoo soll wieder in den Mittelpunkt gestellt werden.
- Gewerbebetriebe, die mit Tieren arbeiten, sind regelmäßig auf Grundlage des Tierschutzgesetzes und der österr. Tierhaltungsgewerbeverordnung behördlich zu kontrollieren.
- Kinder mit Tieren vertraut machen: Alternativen zu Streichelzoo und Ponykarussell sind anzubieten, damit Kinder eine gute Beziehung zu Tieren entwickeln.
- Artenvielfalt auf Stadtgebiet und in den Ballungsräumen sichern: Die tierische Artenvielfalt in der Stadt muss erhalten bleiben. Das bedarf auch entsprechender Berücksichtigung bei der Grünanlagenbetreuung, um Tieren entsprechende Rückzugsräume, Brutplätze und Futtermöglichkeiten zu garantieren.
- Den Tierschutz in der Schule fördern: Die Schulen sollen Schulprojekte zum Thema Tierschutz im Alpenraum und im Unterricht fördern.

16. Die Stadtverwaltung stärken

16.1. Grundsätze

Innsbruck ist eine bestens verwaltete Stadt. Dazu tragen die vielen städtischen Bediensteten bei, die sich täglich für die Belange der BürgerInnen einsetzen. Ihnen sollen ideale Möglichkeiten geboten werden, ihr Wissen und ihre Fähigkeiten umzusetzen.

16.2. Stadt mit Struktur und Offenheit

Unsere Lösungen für ein bestens verwaltetes Innsbruck:

- Arbeitsbedingungen in der Stadt evaluieren: Innsbruck soll als Arbeitgeberin beispielhaft vorgehen und die eigene Verwaltung besonders arbeitnehmerfreundlich gestalten. Das gilt vor allem auch für städtische Betriebe wie die IVB. Wir fordern faire Arbeitsbedingungen im Magistrat und in den städtischen Betrieben.
- Holokratische Entscheidungsstrukturen einführen: Holokratie steht für eine transparente, partizipative Entscheidungsstruktur auf allen Ebenen. Innsbruck soll holokratische Entscheidungsstrukturen in der Verwaltung andenken und erste Pilotprojekte starten.
- Der Verwaltung eigenverantwortliche Ressourcen überlassen: Die Verwaltung benötigt Ressourcen, um akute Probleme rasch und eigenverantwortlich anzugehen. In diesem Sinne hat sie über ein Budget zu verfügen, das es den Verantwortlichen erlaubt, rasch auf aktuelle Herausforderungen (z.B. im Bereich der Integration) zu reagieren.
- Die Verwaltung sichtbar machen und öffnen: Die Stadtverwaltung soll Neuankömmlinge in Form eines Willkommenspakets begrüßen und sich und ihre Leistungen damit vorstellen.

17. Stadtteile gezielt entwickeln

17.1. Grundsätze

Die Stadt soll vermehrt Sozialprojekte in den einzelnen Stadtteilen fördern und die Eingliederung und Verankerung der Menschen in ihrem Wohnumfeld unterstützen. Derartige Projekte steigern die Lebensqualität der Bevölkerung und erweisen sich langfristig als sinnvoll angelegt, da sie mit sozialen Problemen einhergehende Kosten frühzeitig und präventiv eindämmen.

17.2. Individuell auf die Stadtteile eingehen

Die einzelnen Stadtteile sollen noch stärker in die Stadtarbeit eingebunden werden. Wir werden mit allen Stadtteilverantwortlichen, die an uns herantreten, Gespräche suchen, ihre Forderungen aufnehmen und im Gemeinderat einbringen.